

Zukunft Zivilgesellschaft?

Die Hindernisse für eine demokratische Entwicklung in Rußland.

Von Sonja Margolina

Nicht nur die vielen Toten und Verwundeten auf beiden Seiten des Krieges um Tschechien machen den Wahnsinn dieses „Feldzuges“ deutlich. Ungeheuer ist auch der volkswirtschaftliche Schaden. Allein die Kosten für den Wiederaufbau von Grosny werden mit über 50 Milliarden Schilling beziffert. Sonja Margolina, eine aus Moskau stammende Biologin, die derzeit in Berlin als Publizistin arbeitet, sucht nach der zivilen Gesellschaft Rußlands, die die Wiederholung solchen Irrsinns verhindern soll. Der entstehende Widerstand gegen diesen Krieg im eigenen Land - ob durch protesierende Soldatenmütter oder durch Deserteure - sind erste Hoffnungszeichen.

Von Sonja Margolina erschien zuletzt das Buch: „Rußland : Die nichtzivile Gesellschaft.“ Rowohlt, Frankfurt 1994.

Der folgende Text ist dem Publik-Forum 2/95 entnommen.

Im westeuropäischen Raum ging die Modernisierung Hand in Hand mit der Bildung von Nationalstaaten. Eine gewisse kulturelle Homogenität war eine der Bedingungen für die erfolgreiche Modernisierung. Rußland ist aber auch in seinen heutigen Grenzen ein Vielvölkerstaat geblieben. Bei aller nationalistischen Rhetorik gibt es in Rußland wenig Chancen für die Herausbildung eines russischen Nationalstaates; im Gegenteil, es sieht sich mit wachsenden Machtambitionen zahlreicher ethnischer Eliten konfrontiert, die erfolgreich in die eigene Tasche wirtschaften und die eigene Korruption zugleich dem Zentrum anlasten. Unter diesen Bedingungen muß eine zentralistische Modernisierungspolitik scheitern, zumal die zentrale Bürokratie, deren unheilvolle Traditionen bis in das 16. Jahrhundert reichen, durch eine geradezu genetischen Angst vor einer wirklichen Selbständigkeit der Regionen beherrscht ist. Denn die Gefahr droht, daß die zahlreichen Befugnisse der Zentrale in die Regionen delegiert werden müssen und dadurch wichtige Einkommensquellen verloren gehen.

Wenn es der russischen Föderation nicht gelingt, mit einer funktionierenden Verfassung gesamtstaatliche und regionale Interessen in Einklang zu bringen, dann werden sich das Zentrum und die Regionen bei der Durchführung von Reformen gegenseitig behindern. Solange Wirtschaft aber nur aus der Förderung von Rohstoffen und Politik nur aus der Durchsetzung egoistischer Interessen der Energie-, Agrar- oder Militärlobby besteht, können in Rußland keine nennenswerten Schritte zur strukturellen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen. Die Kluft zwischen wenigen Reichen und vielen Armen wird immer tiefer, ein Mittelstand kann nicht entstehen - doch ohne Mittelstand entsteht keine zivile Gesellschaft auf sozial- und rechtsstaatlicher Grundlage. Andererseits

gibt es angesichts der Größe des Landes und seiner geographischen und nationalen Vielfalt keine Alternative zu einer Regionalisierung. Doch die Verselbständigung der Regionen, der Aufbau regionaler Identitäten und Eliten können sich nicht innerhalb kurzer Zeit vollziehen. Denn: Regionale Eigenarten wurden in der Sowjetunion weitgehend erstickt, aufstiegsorientierte Menschen zogen nach Moskau. Neue Eliten bilden sich jedoch erst, wenn eine wirtschaftliche Dynamik entsteht, die jungen und frischen Kräften Aufstiegschancen bieten könnte.

Eine lebendige und effektive regionale Autonomie setzt jedoch voraus, daß die Menschen ihre Interessen auf kommunaler Ebene organisieren. Daß es dafür an Solidarität und „staatsbürgerlichem Bewußtsein“ mangelt, ist eine verhängnisvolle russische Tradition, die im Sozialismus noch durch den von oben verordneten und überwachten Kollektivismus gestärkt wurde. Ohne Solidarität von unten fällt die Bevölkerung jedoch jedoch mächtigen Unternehmen und Behörden zum Opfer, die sie, wie manche Ölgesellschaften, in totaler Abhängigkeit und Rechtlosigkeit halten.

Eine Regionalisierung unter Mißachtung der Interessen der Bevölkerung würde deshalb nur die unkontrollierbare Willkür und Machtgier der Behörden und der mit ihnen verbundenen Unternehmen fördern: die Autonomie als rechtsfreie Zone. Regionalisierung braucht daher eine Rechtsgrundlage, die von den Menschen gelebt wird.

(leicht gekürzt)